

## MARKUS GRÜBEL MdB



IHR ABGEORDNETER DES WAHLKREISES ESSLINGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

anbei sende ich Ihnen/ Dir meinen Infobrief anlässlich der vergangenen Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Themen der Woche:

- Das Potenzial nicht ausgeschöpft: Meine Meinung zur Rolle von Religionen in der deutschen Entwicklungspolitik
- Besuch des "Zentrums für Operative Kommunikation" der Bundeswehr beim Verteidigungsausschuss
- Unionsfraktion fordert: GRÜNE müssen ihre Blockade bei der "Bezahlkarte" endlich aufgeben!
- Esslinger Frauengruppe besucht Markus Grübel im Bundestag
- Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Operation SEA GUARDIAN: Bundestags-Rede von Markus Grübel am 21.03.2024
- Gute Nachricht, Enttäuschung und Zitat der Woche
- Zahl der Woche

Ihr/ Dein Markus Grübel MdB  
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

**Das Potenzial nicht ausgeschöpft: Meine Meinung zur Rolle von Religionen in der deutschen Entwicklungspolitik**

Dass die Ampel-Koalition von Anfang Beginn an mit dem Thema Religion gehadert hat, zeigen zahlreiche Entscheidungen seit 2022 überdeutlich. Ein großes mediales Echo erfuhr – zurecht – die Tatsache, dass ein Mitarbeiter des Auswärtiges Amtes beim G7-Treffen in Münster im November 2022 das im dortigen „Friedenssaal“ hängende Ratskreuz entfernt hat. Auch wenn Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (GRÜNE) danach versicherte, es habe diesbezüglich keine politische Entscheidung der Leitungsebene des Auswärtigen Amtes (AA) gegeben, bleibt ein schaler Nachgeschmack. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil sich der betreffende Protokollbeamte nicht nur religions-, sondern auch geschichtsvergessen zeigte (und offenbar annahm, im Sinne seiner Hauschefin zu handeln): Schließlich erinnert das Ratskreuz an den „Westfälischen Frieden“ aus dem Jahr 1648, der das Ende des (auch aus konfessionellen Gründen geführten) Dreißigjährigen Krieges besiegelte.

Aber auch weitere, für sich genommen vielleicht kleine Entscheidungen (Beendigung der Förderung der Organisation „Religions for peace“, die Umbenennung und -strukturierung des Referates „Religion und Außenpolitik“ in „Religion und gesellschaftliche Netzwerke; Sport“ im AA etc.) der Bundesregierung ergeben am Ende einen klaren Befund: SPD, GRÜNEN und FDP im Bund bedeuten Glaube und Religion auch politisch offenbar nicht viel. Deshalb habe ich auch der Staatsministerin im AA Katja Keul (GRÜNE) im November 2022 in der „Fragestunde“ im Plenum die Frage gestellt: „Ist es so, dass die Ampel mit Religion wenig anfangen kann?“

Da dies auch für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter Svenja Schulze (SPD) gilt, haben wir als CDU/CSU-Fraktion am Donnerstag einen Antrag in das Bundestagsplenum eingebracht, in dem wir fordern, die Rolle von Religionen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu stärken.

Denn sowohl als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium als auch als Beauftragter der Bundesregierung für die weltweite Religionsfreiheit habe ich in den Jahren 2013 bis 2022 die Erfahrung gemacht, dass gerade in den Ländern des Globalen Südens die Religion für die meisten Menschen tatsächlich „lebensbestimmend“ ist. Und dabei macht es fast keinen Unterschied, ob es sich um tiefgläubige katholische oder pfingstkirchliche Christen, sunnitische Muslime oder Hindus handelt: Für all diese Menschen ist ihr Glaube eben nicht, wie im modern-westlichen Sinne, nur ein Teil ihrer Identität als Person, sondern prägt ihr gesamtes alltägliches Handeln.

Da dementsprechend auch Geistliche sämtlicher Religionen, gerade in Ländern mit einer fragilen oder nicht mehr vorhandenen staatlichen Struktur („failed states“), oft die einzigen verbliebenen Autoritätspersonen sind, fordern wir als Union das Bundesentwicklungsministerium auf, sich dieses Potenzial stärker zu Nutze zu machen. Dies gilt beispielsweise für die Durchsetzung der sog. SDGs, also der weltweiten nachhaltigen Entwicklungsziele, die auch in den jeweiligen religiösen Gemeinschaften behandelt werden sollten. Unter Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) konnten beispielsweise im Jahr 2020 gemeinsam mit 100 religiösen Autoritäten in nur einem Jahr 400 Mädchen vor der „Beschneidung“, die in Wirklichkeit eine Genitalverstümmelung bedeutet bewahrt werden.

Selbstverständlich wissen auch wir, dass im Globalen Süden – nicht nur die islamische – Religion auch „Brandbeschleuniger“ statt „Brandlöscher“ (so unser Antrag) sein kann.

Diesen Aspekt muss die Bundesregierung deshalb genau im Blick behalten und bei Bedarf gegensteuern. Wir als CDU und CSU fordern deshalb, „dort, wo Religionen Teil des Problems sind, sie [...] zum Teil der Lösung zu machen“.



## Besuch des "Zentrums für Operative Kommunikation" der Bundeswehr beim Verteidigungsausschuss

Am 14.03.2024 tauschten sich Markus Grübel und andere Abgeordnete mit Soldatinnen und Soldaten der "Staffel Operative Information" aus Mayen/ Rheinland-Pfalz im Paul-Löbe-Haus des Bundestages aus.

## Unionsfraktion fordert: GRÜNE müssen ihre Blockade bei der "Bezahlkarte" endlich aufgeben!

„Ausgerechnet beim Thema Migration, dem Thema, das die Menschen im Land seit Monaten mit am meisten bewegt, bewegt sich die Ampel kein Stück.“

Dr. Ottilie Klein MdB (CDU/CSU), Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales und Generalsekretärin der CDU Berlin, im Bundestag am 21.03.2024

Bereits am 06.11.2023 hatten Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die Ministerpräsidenten und -präsidentinnen der Länder vereinbart, eine bundeseinheitliche „Bezahlkarte“ für Asylbewerber einzuführen (siehe Infobrief vom 23.02.2024). Da bis zum heutigen Tag – viereinhalb Monate später – die Ampel noch immer kein entsprechendes Gesetz vorgelegt hat, hat die CDU/CSU-Fraktion die Rolle der Koalition übernommen und am Donnerstag ihren „Entwurf eines Gesetzes zur rechtssicheren Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz“ in das Bundestagsplenum eingebracht.

Zurecht wies Ottilie Klein MdB (siehe oben) in der Debatte darauf hin, dass die „Bezahlkarte“ ein wichtiger Baustein wäre, um die sog. Pull-Faktoren bei der Migration zu reduzieren. Denn es sind auch die hohen Bargeldleistungen, die Asylbewerber hierzulande erhalten, die Deutschland für Asylsuchende aus aller Welt so attraktiv

machen. Der Stuttgarter Abgeordnete und Rechtsanwalt Maximilian Mörseburg MdB (CDU/CSU) wies zudem darauf hin, dass das Niveau der bisherigen Leistungen für Asylbewerber erhalten bleiben soll. Es geht also lediglich um eine Änderung der Auszahlungsmodalitäten.

Während SPD und FDP das bundesweite bargeldlose Zahlungssystem der „Bezahlkarte“ inzwischen befürworten, blockieren es die GRÜNEN weiterhin. Damit verhindern sie, dass kriminellen Schleppern und Schleusern endlich das Handwerk gelegt werden kann. Denn es ist bisher leider übliche Praxis, dass anerkannte Asylbewerber von den staatlichen Leistungen, die sie erhalten, auch ihre erfolgreiche Schleusung nach Deutschland bezahlen (müssen).

Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion zur "Bezahlkarte" vom 19.03.2024



Essli  
nger  
Frau  
engr  
uppe  
besu  
cht  
Mar

## kus Grübel im Bundestag

Sechs engagierte Frauen der kroatischen katholischen Gemeinde in Esslingen am Neckar besuchten Markus Grübel am Freitagnachmittag im Bundestag. Neben einer Führung durch das Paul-Löbe-Haus und das Reichstagsgebäude durch den Abgeordneten und seinen wissenschaftlichen Mitarbeiter, nahmen die Katholikinnen aus Grübels Heimatstadt auch an einem Vortrag durch den Besucherdienst auf der Tribüne des Plenarsaals teil.

## Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Operation SEA GUARDIAN: Bundestags-Rede von Markus Grübel am 21.03.2024

Die NATO-Operation SEA GUARDIAN (Seewächter) leistet mit Aufklärung und Lagebilderstellung einen Beitrag zum Kampf gegen Terrorismus und Waffenschmuggel und sorgt so für Sicherheit und Stabilität im Mittelmeer.

Nachdem die Ampel-Koalition das Einsatzgebiet 2022 verändert hat und

Bordingaktionen nur nach Zustimmung stattfinden können, stellt sich ernsthaft die Frage, warum dieser Einsatz mandatorienpflichtig ist. Die deutsche Beteiligung am Ständigen NATO-Marineverband 2 ist auch nicht mandatorienpflichtig.

SEA GUARDIAN kann durch eine entsprechende Vereinbarung befugt werden, mit der EU-Operation EUNAVFOR MED IRINI zu kooperieren. Das gilt für die Bereiche Informationsaustausch und logistische Unterstützung. Mit der IRINI-Vorgängeroperation EUNAVFOR MED Operation SOPHIA fand diese Zusammenarbeit statt. Diese Kooperation wäre ein gutes Beispiel dafür, wie sich EU und NATO ergänzen können. Sie könnte schon seit 31. März 2020 fortgeführt werden. Das Lagebild würde durch die Zusammenarbeit noch umfassender und aussagekräftiger sein. Die Kohärenz von EU und NATO wird von beiden Institutionen zu Recht immer wieder betont. Deshalb bedauere ich, dass diese Vereinbarung nicht schon längst getroffen worden ist. Ich hoffe aber, dass wichtige Informationen trotzdem relevante Empfänger erreichen.

SEA GUARDIAN, ASPIDES, IRINI, SNMG2, SNMG2 Task Unit 01, SNMCMG2: Die verschiedenen Marineeinsätze zeigen, wie stark die Deutsche Marine allein im Mittelmeer und Roten Meer belastet ist. Das Haupteinsatzgebiet liegt aber in der Ost- und Nordsee. Um das Zielbild 2035 der Marine zu erreichen, braucht es große Investitionen. Für den Haushalt 2025 hat sich die Ampel wieder nicht auf einen Eckwertebeschluss geeinigt. Es soll mit dem Haushalt 2024 gearbeitet werden. Inflationbereinigt würde dann der Verteidigungsetat sinken. Das wird unserer Verantwortung für die Sicherheit nicht gerecht! Die Ampel-Koalition ist nicht in der Lage die Priorität für unsere Sicherheit zu stellen. Es wird der neuen Regierung überlassen werden, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Mein großer Dank gilt unseren Soldatinnen und Soldaten bei SEA GUARDIAN und allen anderen Marine-Operationen!

Rede von Markus Grübel vom 21.03.2024 in der Mediathek des Bundestages

## CDU will "Neue Grundsicherung" statt "Bürgergeld"

Am 18.03.2024 hat die CDU ihr Modell „Die Neue Grundsicherung“ vorgestellt, welches das „Bürgergeld“ der Ampel (vorher ALG II bzw. „Hartz IV“) ablösen soll. Der von SPD, GRÜNEN und FDP kreierte Begriff „Bürgergeld“ wurde nicht zufällig gewählt, sondern erinnert bewusst an das „Bedingungslose Grundeinkommen“ und geht auch tatsächlich in diese Richtung.

Die Christdemokraten hingegen möchten bei Regierungsübernahme das „Bürgergeld“ vor allem aus folgenden Gründen wieder abschaffen und durch eine „Neue Grundsicherung“ ersetzen:

1. Das „Bürgergeld“ schafft viel zu wenig Anreiz, eine Arbeit aufzunehmen. Vielmehr ermutigt es viele, sich im Bürgergeldbezug „gemütlich“ einzurichten – und dies bei 1,7



Millionen offenen Stellen, auch für Ungelernte.

2. Die praktische Vermittlung in Arbeit funktioniert zu schlecht. Der Fokus der Jobcenter soll deshalb künftig „auf eine intensive und qualifizierende Unterstützung der Hilfeempfänger gelegt [werden], damit diese langfristig auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen.“

3. Asylsuchenden, die häufig Bürgergeldempfänger sind, fehlen oft Sprachkenntnisse oder die Anerkennung ihrer erlernten Berufe. Da jedoch bei vielen (einfacheren) Tätigkeiten keine umfassenden Deutschkenntnisse vonnöten sind, soll künftig bei Asylbewerbern die Arbeitsaufnahme an erster und (die zweifellos wichtigen) Integrations- und Sprachkurse an zweiter Stelle stehen.

4. Die Aussetzung von Sanktionen bei Bürgergeldempfängern durch die Ampel war ein schwerer Fehler, der dringend korrigiert werden muss. Denn das „Bürgergeld“ wird von den Steuerzahlern, also von der arbeitenden Bevölkerung, finanziert. Deshalb sollen Sanktionen künftig „schneller, einfacher und unbürokratischer“ durchgesetzt werden und „Totalverweigerer“ sollen ihren Anspruch auf Grundsicherung verlieren. Es soll wieder das Prinzip gelten: „Jeder, der arbeiten kann, sollte auch einer Arbeit nachgehen.“

5. Gemäß dem CDU-Modell soll wieder vom ersten Tag und nicht erst nach 12 Monaten geprüft werden, ob und wieviel Vermögen bei Grundsicherungsbeziehern vorhanden ist. Dieses soll jedoch „von der Zahl der Arbeitsjahre abhängig“ gemacht werden, damit nicht Menschen, die viele Jahre gearbeitet haben, sofort ihr Ersparnis verbrauchen müssen. Dennoch gilt: Es kann nicht sein, dass ein Straßenreiniger oder eine Kellnerin mit beinahe null Vermögen Bürgergeldbezieher mit hohem Vermögen finanzieren.

Beschluss des CDU-Bundesvorstands zur "Neuen Grundsicherung" vom 18.03.2024



### Gute Nachricht der Woche

So wie wir als Gesellschaft insgesamt resilienter, also – auch mental – widerstandsfähiger gegenüber neuen Bedrohungen von außen und innen werden müssen, gilt dies (leider) auch für unsere Kinder und Jugendlichen. Dabei ist nicht die Rede von militärischem Drill in Kindergärten und Schulen wie in Russland, sondern es geht darum, „ein Bewusstsein für neue Risiken [zu] entwickeln“, so Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP). Über die Folgen der „Zeitenwende“ vom



### Enttäuschung der Woche

Trotz vollmundiger Ankündigungen kommt die Bundesregierung beim Bau von Wohnungen und Häusern weiterhin nicht voran. So wartet die Bau- und Wohnungswirtschaft noch immer auf die angekündigten erleichterten Abschreibungsmöglichkeiten. Auch bei der Novelle des Baugesetzbuches und bei neuen Förderprogrammen gibt es Verzögerungen. Dabei steht zweifelsfrei fest, dass Deutschland dringend mehr (und günstiger zu bauenden) Wohnraum benötigt, vor allem in



### Zitat der Woche

„Herzlichen Glückwunsch an ihn und an das russische Volk. Ich wäre froh, wenn unsere Regierung unser Interesse so wahren würde wie Putin das Interesse des russischen Volkes.“

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD), Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt und stellv. Landesvorsitzender der AfD Sachsen-Anhalt

Anlässlich des wenig überraschenden „Wahlsiegs“ von Präsident Wladimir Putin in Russland mit angeblich 87,2

Februar 2022 könnten neben Lehrern z.B. Jugendoffiziere oder das THW (Stichwort Zivilschutz) altersgerecht an Schulen aufklären.

Quelle: „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 16.03.2024

den Ballungszentren. Es ist deshalb völlig unverständlich, dass die Ampel KfW-Fördermittel lediglich für den sehr hohen Energieeffizienzstandard EH 40 gewährt, obwohl bereits der Standard EH55 (seit 01.01.2023 vorgeschrieben) eine Menge CO2 einspart.

Quelle: "Handelsblatt" vom 18.03.2024

Prozent gratulierte der AfD-Landtagsabgeordnete seinem offensichtlichen Vorbild.

Auch von der AfD im Bundestag sowie vom neuen „Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)“ sind im Parlament regelmäßig ähnlich Putin-freundliche Töne zu vernehmen.

Quelle: "die tageszeitung" vom 18.03.2024

## Zahl der Woche

Am Sonntag hat Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Israel-Besuch darauf hingewiesen, dass sich noch immer 134 Geiseln (darunter Kinder, Jugendliche und alte Menschen) in den Händen der Hamas befinden. Deren Freilassung bezeichnete der Kanzler als „unser wichtigstes Ziel“.

Dabei wird von niemandem, auch nicht von Israel, das Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen bestritten. Vielmehr hat der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu versichert, dass er Scholz' Forderung nach einem umfassenden Schutz palästinensischer Zivilisten teilt – und Israels Armee von Anfang an entsprechende Schritte ergriffen hat.

Niemals darf jedoch vergessen werden, dass die Hamas-Terroristen die Hauptverantwortung für tausende tote palästinensische Zivilisten in Gaza tragen. Nicht nur, dass sie mit ihrem pogromartigen, nicht provozierten Überraschungsangriff auf Israel am 07.10.2023 die israelische Militäroperation überhaupt erst ausgelöst haben. Danach hat die Hamas-Quasi-Regierung ihre eigenen Einwohner aktiv von der Flucht in sichere Zonen abgehalten, um sie als menschliche Schutzschilde missbrauchen zu können. Zudem hat die Terrorgruppe Lebensmittellieferungen der internationalen Gemeinschaft beschlagnahmt, um sie für ihre eigenen Kämpfer zu verwenden bzw., um die kostenlosen Lieferungen an hungernde palästinensische Zivilisten zu verkaufen.

134

Quelle: Tweet des Bundeskanzlers auf „X“ vom  
17.03.2024

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Kontakt](#)



**Markus Grübel MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.  
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Deutscher Bundestag  
Paul-Löbe-Haus (Zi. 6.740)  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 (0) 30 / 227 - 71973  
Telefax: +49 (0) 30 / 227 - 76964  
E-Mail: [markus.gruebel@bundestag.de](mailto:markus.gruebel@bundestag.de)  
<https://www.markus-gruebel.de>

Diese E-Mail wurde verschickt an und ist ein Service für Interessenten. Sie erhalten unsere aktuellen Informationen niemals unverlangt.

Sollten Sie keine weiteren Informationen auf elektronischem Weg wünschen, können Sie sich jederzeit [hier abmelden](#).

Ihnen gefällt der Newsletter? Über eine [Weiterempfehlung](#) würden wir uns freuen.